

Notiz für den Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, H. Schaffner¹

Bern, 8. Juli 1968

Die Ständige Wirtschaftsdelegation hat am 4. Juli eine ganztägige Diskussion über das Integrationsproblem durchgeführt. Neben den Direktoren des Vororts, des Bauernverbandes, des Gewerbeverbandes und des Gewerkschaftsbundes und den üblichen Verwaltungsstellen haben an dieser Sitzung auch Vertreter der Bankiervereinigung und der Kartellkommission teilgenommen². Die Ständige Wirtschaftsdelegation hat der Lagebeurteilung, wie sie von Ihnen am 12. Juni im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht³ im Parlament abgegeben worden ist und meinerseits erneut einzeln erläutert worden ist, einstimmig und vorbehaltlos beige pflichtet. Die Ständige Wirtschaftsdelegation teilt somit voll und ganz die Auffassung, dass ein schweizerischer Vorstoss⁴ in der Richtung einer gesamteuropäischen Lösung aussichtslos und daher inopportun wäre, dass jedoch in der Zwischenzeit die Idee handelspolitischer Zwischenlösungen⁵ unterstützt zu werden verdient und parallel dazu auf bilateralem Wege der Versuch zur pragmatischen Lösung von Einzelproblemen, wie dies bei den Käserestitutionen⁶ mit Erfolg geschehen ist und nun auch für den Textilveredelungsverkehr⁷ angestrebt wird, fortzusetzen sei.

Die Ständige Wirtschaftsdelegation hat sodann von den neuen Berichten der Arbeitsgruppen⁸ über neutralitätspolitische Fragen, staatsrechtliche Fragen, Landwirtschaft, Kartellrecht und Fiskalfragen Kenntnis genommen. Sie stellte vorderhand fest, dass eine nützliche Arbeit geleistet worden ist, die jedoch noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden kann. Insbesondere vermitteln diese Berichte ein allzu statisches Bild, da wohl die bisherigen EWG-Erlasse, nicht aber die wahrscheinlichen weiteren Entwicklungstendenzen berücksichtigt worden sind. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor besteht darin, dass die gemeinsame Agrarpolitik der EWG auf einen grösseren Widerstand zu stossen beginnt, so dass im Herbst in Brüssel eine Gesamtbestandesaufnahme erfolgen soll.

1. *Notiz (Kopie):* E7113A#1979/23#338* (771.2). *Unterzeichnet von P. R. Jolles.*

2. *Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation vom 4. Juli 1968, dodis.ch/33310.*

3. Geschäftsbericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1967 vom 3. April 1968. *Zum Votum von H. Schaffner im Nationalrat vgl. das NR-Verhandlungsprot. vom 12. Juni 1968, E 1301(-)1960/51 Bd. 495, S. 189–203.*

4. *Vgl. dazu Dok. 68, dodis.ch/33241.*

5. *Vgl. dazu Dok. 145, dodis.ch/33236, Anm. 3.*

6. *Vgl. dazu das BR-Prot. Nr. 1122 vom 10. Juli 1968, dodis.ch/32943 und das Protokoll von M. Jaeger und J.-J. Andres vom 15. Oktober 1968, dodis.ch/33868, S. 18–24.*

7. *Vgl. dazu die Notiz von H. Marti an A. Weitnauer vom 22. Januar 1968, dodis.ch/33491 und das BR-Prot. Nr. 1145 vom 2. Juli 1969, dodis.ch/33500.*

8. *Vgl. dazu Dok. 165, dodis.ch/33034.*



Die Ständige Wirtschaftsdelegation nimmt daher in Aussicht, nach den Sommerferien, beginnend am 14. August⁹, die einzelnen Berichte der Arbeitsgruppen einlässlich durchzubesprechen. Sie hofft, danach dem Bundesrat einen Gesamtüberblick über die Problematik unterbreiten zu können, wird jedoch davon absehen, in diesem Stadium schon Lösungsmöglichkeiten vorzuschlagen. Gleichzeitig wird die Ständige Wirtschaftsdelegation auch diejenigen Anpassungen auf den einzelnen Sachgebieten hervorzuheben versuchen, die von unserer Wirtschaft auch im Falle einer länger andauernden Aussenseiterstellung ins Auge gefasst werden müssten.

Parallel zur verwaltungsinternen Bestandesaufnahme hat der Vorort anfangs dieses Jahres bei seinen Sektionen eine Enquete durchgeführt, von der allerdings grundsätzliche Fragen und Zollprobleme ausgeschlossen wurden. Die Umfrage bezog sich somit lediglich auf Einzelprobleme, die auf bilateralem Weg oder im Rahmen von Zwischenlösungen zu behandeln wären. Zwei Drittel der angefragten Sektionen haben es für überhaupt nicht nötig erachtet, eine Antwort zu erteilen, woraus der Vorort schliesst, dass keinerlei wirtschaftliche Veranlassung für ein rasches Vorgehen bestehe. Die eingetroffenen Antworten werden jetzt durch den Vorort gesichtet und auf ihre «Verhandlungsfähigkeit» geprüft werden. Es soll sich nicht um sehr gewichtige Fragen handeln.

Wir haben in Aussicht genommen, in einem späteren Zeitpunkt auf den von uns bereits letztes Jahr vorgeschlagenen Versuch der Erteilung einer wirtschaftlichen Bilanz zurückzukommen. Die Einzelprüfung der Berichte der Arbeitsgruppen dürfte zeigen, wie wichtig es wäre, sich über die wirtschaftlichen Auswirkungen der einzelnen Schwierigkeiten und Anpassungen Rechenschaft zu geben.

9. Vgl. dazu die Notiz von P. R. Jolles an H. Schaffner vom 18. Dezember 1968, dodis.ch/33307 und Doss. E2001E#1980/83#665* (C.41.110.1).